Vormittags-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Als Manuskript gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

6. Jahrg. 1939	Berlin, Mittwoch, 5. April	Nr. 524

„Befriedigende" Ergebnisse der Besprechungen mit Beck.

London, 5. April. Die Besprechungen des polnischen Außenministers Beck mit den britischen Ministern am Dienstag veranlassen die Blätter, sich mit dem vermuteten Gegenstand und dem angeblichen Ergebnis der Unterredung zu befassen.

Die Blätter betonen, daß man in amtlichen Kreisen und auch polnischerseits „sehr zurückhaltend" sei, behaupten jedoch gleichzeitig, daß die Besprechungen „befriedigend" verlaufen seien. Selbstverständlich geht es sich eine Reihe von Blättern nicht nehmen, gewisse britische Wunschträume als Tatsachen zu melden.

So berichtet der diplomatische Korrespondent des **Daily Telegraph,** man erwarte, daß ein dauernder gegenseitiger Beistandspakt zwischen England und Polen vereinbart worden sei.

Auch der diplomatische Korrespondent des **Daily Herald** gibt, allerdings in vorsichtiger Form, seiner Erwartung Ausdruck, daß Beck einen gegenseitigen Beistandspakt unterzeichnen werde.

Die liberale **News Chronicle** glaubt seinen Lesern sogar in großer Aufmachung die Neuigkeit auftischen zu können, Beck habe bereits die Verpflichtung übernommen, daß Polen in den Krieg ziehen würde, falls England angegriffen würde.

Allen diesen sicherlich sehr voreiligen Behauptung gegenüber meldet der diplomatische Korrespondent der **Times,** wohl machten die Unterredungen Becks in London „zufriedenstellende Fortschritte", und es sei auch möglich, daß „die Hoffnungen auf eine gegenseitige Versicherung" bereits erörtert worden seien. Höchstwahrscheinlich aber sei noch nichts Endgültiges erzielt worden.

Ueberhaupt scheinen die englischen Einkreisungspläne nicht die gewünschten Erfolge zu zeitigen, was aus den im starken Gegensatz zu den bisherigen Fanfaren stehenden ziemlich feinlauten Aeußerungen der Blätter hervorgeht. Die Hauptschwierigkeit scheint darin zu liegen, daß Polen und auch gewisse andere Länder nach den Schilderungen der Blätter nichts von einem Bündnis mit Sowjetrußland wissen wollen.

So meldet der diplomatische Korrespondent des **Daily Herald,** Sowjetrußland sei mißtrauisch gegenüber den Plänen der britischen Regierung und habe sich den britischen Plänen gegenüber sehr kühl gezeigt. Man habe nun englischerseits den Eindruck, daß Sowjetrußland nicht mitmachen wolle.

Der **News Chronicle** muß ebenfalls zugeben, daß die Polen nicht im geringsten geneigt sind, sowjetrussische Truppen in Polen zu sehen. Man spreche jedoch jetzt davon, daß die Polen nichts dagegen einzuwenden hätte, wenn England ein direktes Abkommen mit den Sowjets abschließen würde.

Selbstverständlich ruft „Daily Herald" die Regierung auf, alles daran zu setzen, um die sowjetrussische Mitarbeit zu erreichen. Das Blatt schlägt sogar eine Zusammenkunft zwischen den Außenministern der beiden Länder vor.

In politischen Kreisen Londons erwartet man, daß Ministerpräsident Chamberlain noch vor Beginn der Osterferien im Unterhaus eine Erklärung über die britisch-polnischen Unterredungen und darüber hinaus vielleicht über die Konsultationen mit den anderen Mächten abgeben werde.

Auch Paris stellt „gewisse Schwierigkeiten" fest.

Paris, 5. April. Trotz des Ueberwiegens, das gegenwärtig die innerpolitischen Vorgänge infolge der Wahl des Staatspräsidenten besitzen, verfolgen die Frühstunden mit Aufmerksamkeit die außenpolitischen Vorgänge. Die Londoner Besprechungen des polnischen Außenministers bilden hierbei den Hauptgesprächsgegenstand. Das Fehlen von genauen Angaben über die bisherigen Ergebnisse dieser englisch-polnischen Fühlungnahme erlaubt es den Zeitungen jedoch nicht, sich über allgemein gehaltene Aeußerungen hinaus über dieses Thema zu verbreiten.

Allgemein behaupten die Blätter, daß die Londoner Besprechungen einen „befriedigenden Fortgang" nähmen, zwischen den Zeilen lassen sie jedoch durchblicken, daß sich den Bemühungen zur Errichtung einer gemeinsamen Front gegen Deutschland „gewisse Schwierigkeiten" in den Weg stellen, die von dem Verhältnis Polens und Rumäniens zu Sowjetrußland herrühren.

Die marxistische und kommunistische Presse erspart den Leitern der französischen Außenpolitik, in erster Linie Außenminister Bonnet, nicht den Vorwurf, daß Frankreich angesichts der englischen Bemühungen eine zugroße Zurückhaltung an den Tag lege.

Der **Figaro** unterstreicht, daß die polnisch-englischen Verhandlungen eine erste Prüfung der praktischen Anwendungsmöglichkeit des „großen und ehrgeizigen" Planes Großbritanniens darstellten, das die Schaffung einer Koalition gegen Deutschland ins Auge fasse. Es handle sich um die Frage, ob es noch möglich sei, den deutschen Armeen gegenüber überlegene Kräfte zusammenzufassen. Wenn eine solche Zusammenfassung von Kräften verwirklicht werden könne, werde, wie das Blatt nun meint, „unter diesen Umständen Italien ein Interesse daran haben, sich von seinem deutschen Partner zu trennen."

Der Londoner Berichterstatter des **Journal** meint, Polen scheine immer noch einen großen Widerwillen zu haben, sich gegenüber Sowjetrußland zu verpflichten. Vielleicht sei Polen jedoch der Ansicht, daß diese Gefahr durch eine englisch-sowjetrussische Verbindung ausgeglichen werden könnte. Die Beziehungen Polens zu Rumänien und Ungarn schienen ebenfalls gewisse Schwierigkeiten bei der Aufstellung einer gemeinsamen Front zu ergeben.

Die chauvinistische **Epoque** überhäuft Chamberlain mit Lobhudeleien für seinen Freimut und seine „Kühnheit". England breche mit den ältesten Traditionen, um eine neue Politik zu eröffnen, die England und sein ungeheures Imperium eng an den geringsten Erschütterungen an den Grenzen West-, Mittel- und Osteuropas bänden. Chamberlain begegne bei seinen Bemühungen gewissen Schwierigkeiten; diese würden jedoch nur seine „Entschlossenheit und seine Energie" anfachen. Im übrigen könne England seinen Rückzug mehr antreten, ohne seinen Einfluß und „zweifelsohne sein Leben" zu verlieren.

Das **Oeuvre** betont, in diplomatischen Kreisen Londons herrsche der Eindruck vor, daß Großbritannien vielleicht einen taktischen Fehler begangen habe, indem es die „große Koalition" nicht mit einem englisch-sowjetrussischen Abkommen begonnen habe. Man könne bei den Verhandlungen Englands mit den kleinen Ländern ein gewisses Schwanken feststellen, und dieser Eindruck wirke sich in gewissem Maße auch auf die Londoner Besprechungen zwischen Oberst Beck und den englischen Ministern aus. Auf alle Fälle sei, so muß das Heyblat bedauernd feststellen, augenblicklich die „moralische Wirkung auf die Diktatoren nicht vollständig gelungen".

Juda in „patriotischer Tarnung".

Paris, 5. April. Der neue Großrabbiner von Frankreich, Isaïl Schwarty, hat an Ministerpräsident Daladier einen Brief gerichtet, der wieder einmal deutlich zeigt, daß sich die Juden sie noch Bedarf sogar als „Patrioten" tarnen können, wenn sie glauben, damit ihren unveränderlichen Zielen einer Beherrschung und Ausbeutung aller nichtjüdischen Völker am besten dienen zu können.

Dies ist natürlich im Falle Frankreichs in feiner Weise verwunderlich, wo diese Parasiten unter dem Schutze der Volksfront auf Kosten des französischen Volkes ein Schlaraffendasein führen dürfen.

In dem Schreiben heißt es: „Im Augenblick meines Amtsantrittes als Großrabbiner liegt es mir als Vertreter aller französischen Rabbiner und des Zentralkonsistoriums der Israeliten in Frankreich, sowie im Namen aller meiner Glaubensbrüder an Herz, den Chef der Regierung meine tiefe Ehrenbezeugung und meine ganze Ergebenheit zu übermitteln.

„In dem Bewußtsein ihrer Pflicht und beseelt von glühender Liebe für das Vaterland(?) werden unsere Gläubigen in einmütiger Begeisterung alle ihre Kräfte für die nationale Wiederaufrichtung und den Einfluß Frankreichs in der Welt einsetzen." (!)

Paris im Zeichen der Staatspräsidentenwahl.

Paris, 5. April. Die Frühpresse vom Mittwoch steht fast ausschließlich im Zeichen der am Mittwochnachmittag im Schloß von Versailles stattfindenden Staatspräsidentenwahl. Alle außenpolitischen Themen treten hinter diesem innenpolitischen Ereignis zurück.

Ein großer Teil der Presse betont, daß die Wahl des Staatspräsidenten den Eindruck einer „Kundgebung der nationalen Einigkeit und Geschlossenheit" abgeben solle, während der unbefangene Leser angesichts der noch wie vor sehr heftig appointierenden Linksblätter zweifellos ein etwas anderes Bild bekommt. Allerdings wird die Wiederwahl Lebruns zum Präsidenten der Republik wohl kaum mehr in Zweifel gestellt.

Auch die Erklärung des radikalsozialen Senators Godart, daß eine Wiederwahl des gegenwärtigen Staatspräsidenten dem Geiste der Verfassung entgegenstehe, ist nach Meinung des größten Teils der Frühpresse nicht geeignet, irgendeine Aenderung in den erwarteten Ablauf der Wahl zu bringen. Die marxistischen und kommunistischen Blätter stellen die Worte des Senators Godart natürlich stark heraus, da sie eine willkommene Unterstützung ihrer ablehnenden Haltung sind.

Der dem Quai d'Orsay nahestehende **Petit Parisien** betont, Versailles werde am Mittwoch die politische Hauptstadt Frankreichs sein. Eine Ueberraschung sei kaum zu erwarten. Staatspräsident Lebrun werde beim ersten Wahlgang wiedergewählt, und die Zahl der Stimmen, die er auf sich vereinigen werde, werde die Voraussichten bei weitem übertreffen.

Der **Jour** ist mit der Haltung des radikalsozialen Senators Godart sehr unzufrieden und nimmt an, daß die Sozialdemokraten und Kommunisten eine „symbolische Kundgebung" unternähmen. Trotzdem ihre Stimmen auf den Namen des Senators Godart vereinten.

Auch der **Matin** wendet sich gegen Senator Godart, der mit seiner Erklärung alle Argumente unterstütze, die Léon Blum im Verlaufe seiner heftigen Kampagne gegen Lebrun herangezogen habe. Senator Godart sei nunmehr wohl oder übel der Gefangene der Volksfront, die sich seiner bedienen werde, um ein neues Manöver gegen die Regierung und ihre Mehrheit zu versuchen. Glücklicherweise dürfe man jedoch annehmen, daß diese „traurigen Machenschaften" wirkungslos blieben.

Blum hebt im sozialdemokratischen **Populaire** hervor, daß noch nie eine Präsidentenwahl in Frankreich unter größerem Zwang und stärkerem Durcheinander erfolgt sei. Man habe Lebrun in den Vordergrund geschoben, weil man gewußt habe, daß die Sozialdemokraten von vornherein keine Wiederwahl nicht billigten, während Jeanneney und Herriot auf ihre einstimmige Unterstützung hätten rechnen können. Man spreche von einer „Kundgebung der Einheit und Geschlossenheit", aber man arbeite nicht für die Einigkeit, wenn man einen Großteil der öffentlichen Meinung ausschließe.

Rotspanische Menschenschlächter verhaftet.

Paris, 5. April. Die nationalspanischen Behörden konnten nach hiesigen Pressemeldungen in Alicante eine Anzahl Rotspanier verhaften, die im Begriff waren, ins Ausland zu flüchten.

Unter den Verhafteten befinden sich der frühere Bürgermeister von Madrid, Hendez, der kommunistische Abgeordnete Pilapalos, einer der Mörder Calvo Sotelos, und der kommunistische Abgeordnete Cotellio, der an der Ermordung des Gründers der Falange, José-Antonio Primo de Rivera, beteiligt gewesen ist.

Frankreich entsendet einen Kreuzer nach Alexandrette.

Paris, 4. April. Der offiziöse **Petit Parisien** schreibt zur Frage des Sandschaks von Alexandrette, Außenminister Bonnet habe nach den letzten Nachrichten über angebliche türkische Absichten eine Konferenz einberufen, auf der diese Frage eingehend geprüft worden sei.

An dieser Konferenz hätten Ministerpräsident Daladier, der Generalissimus des französischen Heeres, General Gamelin, der Direktor am Quai d'Orsay, Léger, sowie der Direktor für afrikanische und Levante-Fragen, Lagarde, teilgenommen.

Nach dieser Konferenz habe der Außenminister den türkischen Botschafter zu einer Aussprache zu sich gebeten. Das Blatt glaubt in diesem Zusammenhang melden zu können, der türkische Botschafter habe sich dahin geäußert, daß die Türkei nicht die geringste Absicht habe, die Dinge zu überstürzen oder gar Gewalt anzuwenden.

Die französische Regierung habe jedenfalls, um jeder Ueberraschung vorzubeugen, beschlossen, einen Kreuzer nach Alexandrette zu entsenden und die französische Garnison im Sandschak, die sich augenblicklich auf 1500 Mann belaufe, zu verstärken.

Attentat auf englischen Museumsverwalter in Jerusalem.

Jerusalem, 4. April. Der englische Museumsverwalter Iliffe wurde in der Nähe seines Hauses am Herodestor durch einen unbekannten Araber angeschossen und schwer verwundet. Der Militärkommandeur von Jerusalem verhängte daraufhin bis auf weiteres jeden nach oder aus Jerusalem führenden arabischen Verkehr. Sämtliche nach der Innenstadt führenden Tore, mit Ausnahme des Jaffa-Tores, wurden geschlossen.

In Ramleh überfiel ein unbekannter Araber den britischen Distriktingenieur und dessen Frau auf einem Spaziergang in der Stadt. Beide wurden verletzt.

In Gaza wurde in einem Café ein arabischer Polizist erschossen.

Vorbereitungen für einen jüdischen Generalstreik?

Beirut, 4. April. Die Zeitung **Alyom** berichtet, daß die Juden Palästinas in Syrien und Libanon große Mengen an Getreide und Brot einkaufen. Der Zweck der Einkäufe sei die Vorbereitung eines für sechs Monate berechneten jüdischen Generalstreiks, den die Juden Palästinas ausrufen wollten, wenn England den Versuch machen sollte, einen für die Juden ungünstigen Palästina-Plan gegen den Willen der Juden durchzuführen.

Wie „Alnom" zu berichten weiß, kam es wieder zu zahlreichen Ueberfällen in Palästina. An der Strecke Haifa—Afoule überfielen Freischärler den Bahnhof Kafribosha und steckten ihn in Brand. Darauf drangen die Freischärler in eine in der Nähe liegende jüdische Kolonie ein und zerstörten diese fast völlig.

Bolschewistische Ausschreitungen in Mexiko-Stadt.

Mexiko-Stadt, 5. April. Vor dem spanischen Kasino, in dem sich die Büros der Falange befinden, verursachten am Dienstag Mitglieder der bolschewistischen Gewerkschaft CTM wüste Ausschreitungen. Die Bolschewisten warfen auch die Fensterscheiben des Kasinos ein. Polizei stellte schließlich unter Einsatz von Tränengas die Ordnung wieder her.

Die Bolschewisten, die sich größtenteils aus streikenden Bäckern zusammensetzten, waren vor allem durch die Hetze des Bolschewistenblattes **Popular,** das Auflösung der Falange-Organisation forderte, aufgestachelt worden. Sie zogen auch vor das Gebäude der Regierung des Bundesdistrikts und beschimpften dort den Chef des Bundesdistriktsamts. Auch hier mußten Polizei und Feuerwehr eingreifen.

Wie das mexikanische Innenministerium mitteilt, werden eine Reihe führender Falangisten als unerwünschte Ausländer ausgewiesen werden — zur selben Zeit, wo die berüchtigten sowjetspanischen Hauptlüge Negrin, del Vayo und Konsorten in Mexiko Asylrechte in Anspruch nehmen.

49 alte U.S.A.-Zerstörer werden modernisiert.

New York, 5. April. Nach einer Meldung aus San Diego (Kalifornien) wird eine dort liegende Flotte von 49 während des Weltkrieges gebauten 1200 t-Zerstörern, die nach den bisherigen Dispositionen eigentlich abgewrackt werden sollten, jetzt umgebaut und modernisiert.

Für die Kosten der Wiederinstandsetzung hat die Marine eine Million Dollar veranschlagt. Die Schiffe werden mit dreifachen Torpedorohren und fünfzölligen Geschützen bestückt.

Amerikanische Neutralität mit Hintergedanken.

New York, 5. April. Die mit besonderer Spannung in Washington erwartete große Senats-Aussprache über die Neutralitätsgesetzgebung der Vereinigten Staaten wurde auf Mittwochvormittag angesetzt. Der unmittelbar zur Debatte stehende Gesetzesvorschlag ist die sogenannte „Pittman-Bill", die vorschlägt, allen kriegführenden Parteien Waffen und Munition auf „cash and carry"-Basis zu liefern.

Dieser Vorschlag spielt offenbar mit dem Hintergedanken, daß nur England und Frankreich in der Lage sein würden, Waffen im Kriegsfalle zu kaufen und sie auch selbst abzuholen, weil sie den Atlantischen Ozean beherrschen würden. Die „cash and carry"-Klausel des gegenwärtig in Kraft befindlichen Neutralitätsgesetzes läuft am 1. Mai ab.

Bei der Aussprache werden als sogenannte Zeugen vor dem Senat bezeichnenderweise auch bekannte Kriegshetzer wie der als solcher in letzter Zeit führend hervorgetretene frühere Außenminister Stimson, vernommen werden, der wiederholt schärfste Maßnahmen, „Sanktionen" und andere „gemeinsame Aktionen" gegen die totalitären Staaten forderte.

Als nächster Zeuge wird der Kriegsgewinnler und intime Freund Roosevelts, Bernard Baruch, vernommen werden. Nach ihm sollen Beamte des Staatsdepartements, Leiter der einflußreichen Foreign Policy Association und Vertreter mehrerer sogenannter „Friedensorganisationen" zu Worte kommen.

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.